

DPoIG

INFORMIERT

Leiterin des Referates Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten des IM NRW besucht erneut DPoIG NRW

Am 5. Juli 2023 fand in den Räumlichkeiten der DPoIG NRW-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ein weiteres Fachgespräch zwischen Frau LPDin Maria del Carmen Fernandez Mendez, Leiterin des Referates Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten im Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, und dem DPoIG NRW-Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus sowie dem Mitglied der DPoIG NRW-Expertengruppe Verkehr LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher statt. Dabei ging es u. a. um die Themen Verkehrsunfallsituation in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsunfälle mit Pedelecs und E-Scootern, Verkehrsunfallaufnahmeteams, Lkw-Kontrollen zur Nachtzeit, Semistationäre Abschnittkontrollanlagen, Tempolimits auf Autobahnen, Landstraßen und innerorts sowie kostenfreie ÖPNV-Nutzung ab 75.



LPDin Maria del Carmen Fernandez Mendez, Leiterin Referat Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten IM NRW, LPD a. D. Wolfgang Blindenbacher, DPoIG NRW-Expertengruppe Verkehr, sowie DPoIG NRW Landesvorsitzender Erich Rettinghaus (von links nach rechts)

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT

Im Deutschen Beamtenbund (DPoIG)
Landesverband NRW e. V.

Graf-Adolf-Platz 6, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 21 09 09 60

E-Mail: info@dpolg-nrw.de

www.dpolg-nrw.de



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPOLG

INFORMIERT

Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus begrüßte Frau LPDin Maria del Carmen Fernandez Mendez zum 3. Jahresfachgespräch. Auch für dieses Gespräch waren im Vorfeld Themen identifiziert worden, deren Behandlung zur Fortentwicklung der Verkehrssicherheitsarbeit in Nordrhein-Westfalen beitragen können.

Als erstes Themenfeld wurde die nordrhein-westfälische Verkehrsunfallsituation unter besonderer Berücksichtigung der Unfälle mit Pedelecs und E-Scootern aufgerufen. So ist hinsichtlich der getöteten Pedelec-Fahrenden festzustellen, dass der Vergleich von 2021 (mit 32 getöteten Pedelec-Nutzenden) zu 2022 (mit 48 getöteten Pedelec-Nutzenden) ein Plus von 50,0 % ergibt. Insgesamt verunglückten im Jahr 2022 mehr als 6.750 Pedelec-Fahrende (2021 waren es rund 4.750). Damit setzt sich der seit geraumer Zeit zu beobachtende negative Trend der Pedelec-Verkehrsunfallzahlen fort. Daneben sind in der Verkehrsunfallbilanz Nordrhein-Westfalen die Unfälle mit E-Scootern erneut angestiegen. Im Jahr 2022 verunfallten etwa 1.800 E-Scooter-Fahrende; das ist im Verhältnis zum Vorjahr ein Anstieg um rund 700. Hinsichtlich beider Fahrzeugarten wurde diskutiert, ob eine obligatorische Helmtragepflicht (mit erhöhtem Verwarnungsgeldansatz) dazu beitragen könnte, die Gesamtbilanz zu verbessern. Unter Berücksichtigung der Aspekte Attraktivität, Nutzungsmöglichkeiten, Nachhaltigkeit und Unfallfolgen erscheint jedoch eine zielführende Realisierung präventiver und administrativer Maßnahmen vorrangig. Einig war man sich darin, dass ein Rückspiegel für Pedelecs durchaus sinnvoll sein dürfte, da insbesondere lebensältere Menschen gelegentlich Probleme haben, den in bestimmten Verkehrssituationen erforderlichen Schulterblick durchzuführen. Eine Erhöhung der Sanktion bei der Mitnahme einer zweiten Person auf E-Scootern von 10 auf 30 Euro wurde als angemessen erachtet.

Frau Fernandez Mendez führte dann zum Themenfeld „Einführung von Verkehrsunfallaufnahmeteams in der Polizei NRW“ aus, dass sich diesbezüglich alles planmäßig entwickelt. Das Einsatzspektrum der VU-Teams umfasst die Aufnahme von Verkehrsunfällen mit Getöteten, Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten, bei denen Lebensgefahr besteht, Verkehrsunfälle mit Personenschaden im Zusammenhang mit verbotenen Kraftfahrzeugrennen gem. § 315d StGB und Verkehrsunfallfluchten mit Personenschaden. Dazu verfügen die Teams über modernste Technik (u. a. VU-Aufnahmefahrzeuge, 3D-Scanner, Drohnen, Digitaldatenauslesetechnik). Es sei auch eine Qualitätssteigerung in Richtung einer noch professionelleren Aufnahme von Verkehrsunfällen

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT

Im Deutschen Beamtenbund (DPolG)
Landesverband NRW e. V.

Graf-Adolf-Platz 6, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 21 09 09 60
E-Mail: info@dpolg-nrw.de
www.dpolg-nrw.de



DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPOLG

INFORMIERT

zu erkennen. Bedauerlich ist, dass sich der Ansatz „Einführung von Verkehrsunfallaufnahmeteams in der Polizei“ nicht als „Quasi-Selbstläufer“ in anderen Ländern multipliziert.

Unter Bezugnahme auf eine Ende 2020 eingebrachte DPoIG NRW-Anregung „Lkw-Kontrollen auf Autobahnen zur Nachtzeit“ wurde das Gespräch fortgesetzt. Die Anregung führte seinerzeit dazu, dass nun alle nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörden mit Autobahnpolizeien per Erlass aufgerufen sind, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich mindestens einmal pro Quartal eine derartige Lkw-Kontrolle durchzuführen. Hintergrund der Anregung waren bayerische Erkenntnisse, die nahelegten, dass derartige Lkw-Kontrollen Verstöße wie beispielsweise Fahren ohne bzw. mit fremden Fahrerkarten, technische Manipulationen an EG-Kontrollgeräten, Urkundenfälschungen, Trunkenheitsfahrten sowie ausländerrechtliche Verstöße offenlegen würden. Frau Fernandez Mendez berichtete mit Blick auf die zwischenzeitlich in Nordrhein-Westfalen gemachten Erfahrungen, dass sich diese Kontrollart bewährt hat und fortgesetzt werden soll, jedoch sind einige der spezifischen Auffälligkeiten, die aus Bayern berichtet wurden, hier nicht gleichermaßen registriert worden.

Ausgelöst durch eine Überlegung des Polizeitechnischen Instituts an der Deutschen Hochschule der Polizei hinsichtlich eines länderübergreifenden Pilotprojektes „Entwicklung einer semistationären Abschnittskontrollanlage“ entwickelte sich eine themenbezogene Diskussion. Einig war man sich darin, dass eine neue oder weitere Entwicklung einer rein stationären Abschnittskontrollanlage nicht angestrebt werden sollte – diese Einschätzung wird durch Erfahrungen gestützt, die man in Niedersachsen mit einer derartigen Anlage gemacht hat. Aussichtsreich dagegen erscheint der Schritt in Richtung „Entwicklung einer semistationären Abschnittskontrollanlage“, wenn dieser Schritt von einem Verbund mehrerer Länder mitgegangen wird. Ergänzend informierten die Vertreter der DPoIG NRW Frau Fernandez Mendez darüber, dass die DPoIG am 2. Mai 2023 auf den derzeitigen Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz, Herrn Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, schriftlich mit der Bitte zugegangen ist, die Schaffung einer bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage für die verdachtsunabhängige Verkehrsüberwachungstechnik „Abschnittskontrolle“ im Kreis der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister zu diskutieren – dies wurde laut Antwortschreiben vom 16. Juni 2023 zugesagt.

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT

Im Deutschen Beamtenbund (DPoIG)

Landesverband NRW e. V.

Graf-Adolf-Platz 6, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 21 09 09 60

E-Mail: info@dpolg-nrw.de

www.dpolg-nrw.de



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPoIG

INFORMIERT

Weitere Themenfelder waren die Höchst- bzw. Regelgeschwindigkeiten auf bundesdeutschen Straßen. Die Vertreter der DPoIG NRW machten deutlich, dass sie die Forderungen der Deutschen Verkehrswacht e. V. (DVW), die diese anlässlich ihrer Hauptversammlung am 24. Juni 2023 in Rostock aufgestellt hat, vollumfänglich mittragen. So spricht sich die DVW für die Einführung eines generellen Tempolimits von 130 km/h auf Bundesautobahnen aus. Hinsichtlich der Landstraßen fordert die DVW die Herabsetzung der Regelgeschwindigkeit auf Landstraßen auf 80 km/h (mit Ausnahmeregelungen für sehr gut ausgebaute Landstraßen) sowie eine Erhöhung der Regelgeschwindigkeit für Lkw auf Landstraßen auf 80 km/h (von jetzt 60 km/h) zur Harmonisierung der verkehrsartenbezogenen Geschwindigkeiten. Darüber hinaus sollen Kommunen eigenständig „vor Ort entscheiden“ können, auf ausgewählten Straßen oder in größeren Bereichen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit anzuordnen.

Abschließend sprachen die Vertreter der DPoIG NRW den Umstand an, dass die demografische Entwicklung erkennbar zu einer Zunahme der Mobilität im Alter führt. Die körperlichen Fähigkeiten nehmen jedoch im Alter regelmäßig ab, was zu einer steigenden Verunglücktenzahl von Senioren führt. Ausgehend von dem durch eine Studie belegten Wissen, dass die Unfallbeteiligung der Angehörigen der „Altersgruppe 75+“, die im Jahr weniger als 3.000 km fahren, der Unfallsauffälligkeit der besonders risikobehafteten Gruppe „Junge Fahrer“ entspricht, wird eine DPoIG NRW-Forderung formuliert, die da lautet: Kostenfreie Nutzung des ÖPNV ab 75+!

Alle Gesprächsteilnehmende führten abschließend aus, diese Art des Jahresfachgesprächs fortsetzen zu wollen.

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT

Im Deutschen Beamtenbund (DPoIG)

Landesverband NRW e. V.

Graf-Adolf-Platz 6, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 21 09 09 60

E-Mail: info@dpolg-nrw.de

www.dpolg-nrw.de



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB